

Unverhofftes „Wirtschaftswunder“? Was der Deal mit „Big Oil“ wirklich bedeutet

Welt, 13.07.2023, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus246362674/Windkraft-Unverhofftes-Wirtschaftswunder-Was-der-Deal-mit-Big-Oil-wirklich-bedeutet.html?sc_src=email_4584764&sc_lid=467497191&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=4405&sc_cid=4584764&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Zwei Ölmultis steigen groß in die deutsche Energiewende ein. Allein für die Erlaubnis zum Bau von großen Windparks in Nord- und Ostsee zahlen sie eine mehrstellige Milliardensumme. Die Windbranche spricht von einem „Wirtschaftswunder“. Doch das Bieterverfahren zieht Kritik auf sich.

Ölkonzerne haben mit den kriegsbedingt hohen Preisen märchenhafte Gewinne eingefahren und suchen fast verzweifelt sichere Anlagemöglichkeiten. In der deutschen Nord- und Ostsee sind sie jetzt fündig geworden.

Wie die Bundesnetzagentur mitteilte, haben Investment-Vehikel der Ölmultis BP und TotalEnergies in einem Bietergefecht 12,6 Milliarden Euro dafür geboten, Windparks vor der deutschen Küste errichten zu dürfen. Damit kaufen sich neue, finanzstarke Spieler den Zugang zum deutschen Offshore-Windmarkt.

Mit dem Milliardenbetrag erwerben BP und Total „den Anspruch auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen auf der Fläche sowie Anspruch auf Anschluss und Netzanbindungskapazität“, teilte die deutsche Energiebehörde mit. Es geht um die Errichtung von insgesamt sieben Gigawatt auf drei Flächen in der Nordsee und einer Fläche in der Ostsee.

Der gekaufte „Anspruch auf ein Planfeststellungsverfahren“ kommt die Konzerne damit teurer als der Bau der Mega-Windräder selbst. Der dürfte mit weiteren sieben Milliarden Euro zu Buche schlagen. In der Nordsee sollen die Windräder zwischen 120 und 150 Kilometer vor der Küste errichtet werden. Die Wassertiefe beträgt hier rund 40 Meter.

Die Höhe der Gebote weckt Erinnerung an die staatliche Versteigerung von Mobilfunk-Lizenzen vor mehr als 20 Jahren. Damals nahm der Staat rund 50 Milliarden Euro ein und ermöglichte dem damaligen Bundesfinanzminister erstmals einen ausgeglichenen Haushalt. Das Gebot von 12,6 Milliarden Euro für Offshore-Lizenzen bleibt zwar noch hinter der Summe zurück.

Doch der Einstieg der Energieriesen – auch „Big Oil“ genannt – „ebnet einen Weg für ein neues Wirtschaftswunder durch Offshore-Wind“, sagte Stefan Thimm, Geschäftsführer des Bundesverbands der Windparkbetreiber (BWO). Insgesamt plant die Bundesregierung, Windräder mit einer Leistung von 70 Gigawatt in Nord- und Ostsee errichten zu lassen. Europaweit seien für die geplante Installation von 400 Gigawatt Offshore-Wind bis 2050 sogar Investitionen in Höhe von über einer Billion Euro zu erwarten.

Allerdings hat weder Deutschland noch Europa die Kapazitäten, diese Windkraftleistung vor der Küste zu errichten. Die Produktion von Fundamenten und Windturbinen müsse vervielfacht werden, die Zahl der Errichterschiffe auf 128 in etwa verdoppelt werden. Weltweit gebe es um die Komponenten und Services im Bereich Offshore-Windkraft eine riesige Nachfrage. Um im internationalen Wettbewerb um die knappen Ressourcen bestehen zu können, seien mehr Anstrengungen der Politik erforderlich, erklärte BWO-Chef Thimm.

Auslöser des Gefechts waren Null-Cent-Gebote zu Beginn

Das Bietergefecht war nötig geworden, weil bei der Ausschreibung der Meeresflächen gleich neun verschiedene Interessenten sogenannte Null-Cent-Gebote abgegeben hatten. Sie zeigten sich damit bereit, die Offshore-Windparks ohne Subventionen aus der sogenannten EEG-Umlage zu errichten.

Bei mehreren Null-Cent-Geboten schreibt das Gesetz ein „dynamisches Gebotsverfahren“ vor. Die Interessenten müssen schlicht Geld bieten: Sie überboten sich in 30.000-Euro-Schritten gegenseitig, bis beim jetzt erzielten Milliardenwert die Entscheidung fiel. Im internationalen Vergleich lagen die Gebote am Ende deutlich über dem Ergebnis ähnlicher Auktionen.

Die sogenannte „Gebotskomponente“ im Bieterverfahren zog Kritik des Betreiberverbandes BWO auf sich. Denn die 12,6 Milliarden Euro gehen als ein reines „Eintrittsgeld“ direkt an die Bundesregierung, ohne einen Mehrwert zu schaffen. „Für die Summe hätte man weitere Windparks mit 3,6 Gigawatt bauen können“, kritisiert Thimm.

Der Verband plädiert dafür, die Ausschreibungen von Offshore-Lizenzen künftig nicht nur nach der finanziellen Gebotshöhe zu entscheiden, sondern auch nach qualitativen Kriterien. Als siegreich würde dann der Bieter hervorgehen, der etwa am meisten für die Fachkräftesicherung oder den Umweltschutz tut.

Die Milliardengebote werden auch Auswirkungen auf den Strompreis haben, glaubt BWO-Chef Thimm. Schließlich werden die Investoren ihre Milliarden wieder zurückverdienen wollen. „Die Gebotskomponente führt die Debatte um einen Industriestrompreis ad absurdum.“

Immerhin: Die Bundesnetzagentur erklärte, das eingenommene Geld werde auch zur Finanzierung von Netzentgelten genutzt. Das würde dann die Stromrechnung reduzieren. „Die Erlöse aus den Offshore Ausschreibungen fließen zu 90 Prozent in die Stromkostensenkung und zu jeweils fünf Prozent in den Meeresnaturschutz sowie die Förderung einer umweltschonenden Fischerei“, erklärte die Behörde. Welcher Netto-Effekt am Ende bei den Verbrauchern ankommt, bleibt damit aber offen.

„Diese Zuschläge bilden einen großen Meilenstein für die Dekarbonisierungspläne von BP in Deutschland und spiegeln unsere Gesamtstrategie sehr gut wider“, erklärte Anja-Isabel Dotzenrath, Executive Vice President Gas & Low Carbon Energy bei BP: „Der erneuerbare Strom, den wir produzieren wollen, wird die große Nachfrage, die wir in unseren Produktionsbetrieben erwarten, mit einer Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen bedienen.“ Dies schließe auch „unsere Produktion von grünem

Wasserstoff und Biokraftstoffen, den Ausbau von E-Mobilität sowie die Dekarbonisierung der Raffinerien ein.“

„Unser Einstieg in die Offshore-Windenergie in Deutschland, dem größten Strommarkt Europas, ist ein entscheidender Schritt bei der Umsetzung unserer Strategie, ein integrierter Akteur auf den Strommärkten zu werden“, erklärte Patrick Pouyanné, Chairman und CEO von TotalEnergies. „Nach der Bereitstellung einer schwimmenden LNG-Regasifizierungseinheit am Lubmin-Terminal im Januar 2023 ist dies ein weiteres Engagement von TotalEnergies, um unsere Multi-Energie-Strategie in Deutschland umzusetzen und zur Energiesicherheit des Landes und Europas beizutragen.“